

November 2013

Vertrauen verspielt?

Normalerweise bringe ich den Behörden einiges Vertrauen entgegen. Dass sie erkennen, wo Handeln nützt, dass sie dranbleiben, wenn es um Wichtiges geht wie die Rechtssicherheit, das Wohlergehen der Menschen und die gesunde Entwicklung unseres Landes.

Wahrscheinlich ist das zuweilen naiv. Aber wir können uns ja nicht ständig von Misstrauen leiten lassen, sonst werden wir krank.

Mein Vertrauen wird trotzdem gelegentlich erschüttert, zum Beispiel jetzt, wo die Politik die von der Mehrheit angenommene Zweitwohnungsinitiative bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Oder kürzlich nach der Lektüre eines Artikels*) über die politische Bewältigung der Finanz- und Bankenkrise. Ich bin in Finanzdingen unbedarft, kann weder Bilanzen lesen noch habe ich die leiseste Chance, die Mechanismen des globalen Finanzsystems zu verstehen. Den Beitrag des Finanzjournalisten habe ich aber verstanden - und er treibt mich auf die Palme.

Schonungslos zeigt der Autor auf, dass das heutige Finanzsystem um keinen Deut sicherer ist als vor dem Bankenkollaps von 2008. Trotz Massnahmen, Interventionen, trotz Basel III und wie die Abkommen alle heissen. Im Gegenteil, das „Too big to fail“-Problem sei noch grösser geworden und keines der grundlegenden Probleme gelöst. Warum zum Kuckuck denn nicht, nach all den vollmundigen Beteuerungen? Weil weder bei den Banken noch bei den Politikern der Wille vorhanden ist, etwas grundlegend zu ändern. Man nimmt ein neues Desaster einfach in Kauf.

In unvorstellbar grösseren Dimensionen ist das genau so verantwortungslos, wie wenn man eine morsch gewordene Treppenstufe nicht richtig flicken würde. Folgerichtig stürzte jemand auf dem wackligen Brett und brach sich das Bein. Nach einer teuren Operation und Physiotherapie ist die Person wieder einigermaßen auf den Beinen. Die Planke hingegen ist noch immer morsch, sie wurde bloss mit ein paar Nägeln notdürftig fixiert, so dass man von aussen nichts mehr sieht. Aber hier laufen immer noch Leute auf und ab; ein weiterer Sturz ist vorprogrammiert, und diesmal setzt es vielleicht einen Schädelbruch oder noch Schlimmeres ab. Wer mit einem einigermaßen intakten Verantwortungsgefühl würde es nach dem ersten Unfall ein zweites Mal so weit kommen lassen? Niemand.

Statt ein solides Brett und dicke Nägel müssten die Banken - vereinfacht ausgedrückt - eine robuste Eigenkapitaldecke anschaffen, um einen neuen Absturz zu vermeiden. Darüber sind sich alle Experten einig. Und warum tun die Banken das nicht? Die Gründe sind komplex, lassen sich aber auf einen simplen Nenner zusammenfassen: ‚es‘ würde dann weniger rentieren. Sämtliche Systeme und Anreizstrukturen des Banken- und Finanzwesens sind so angelegt, dass ‚es‘ so möglichst rentiert. Die obszön hohen Löhne der Top-Banker sind nur ein Ausdruck davon. Naturgemäss ist der Widerstand, solche rentablen Systeme zu verändern, auf Bankenseite riesig.

Unsere Hoffnung ruht deshalb auf den Politikern, ihre Beteuerungen klingeln noch in unseren Ohren. Sie müssten sich gegenüber dem Bankensystem durchsetzen, sie müssten mit entsprechenden Vorschriften eine höhere Eigenkapitalisierung erzwingen, im Interesse der Volkswirtschaft, des ‚grossen‘ und des ‚kleinen‘ Mannes. Ein klarer Fall für die Politik, würde man meinen. Doch warum passiert das nicht? Der Autor nennt vier Gründe: Erstens wurde die Debatte entlang dem Links-Rechts-Graben geführt - mehr Regulieren contra mehr Freiheit - und deshalb ideologisiert. Ideologien führen zu Rechthaberei, verhärten die

Fronten, verhindern Lösungen. Zweitens setzte sich das Argument durch, eine solche Jahrhundertkrise werde sich nicht wiederholen. Man blendet aus, dass ihr System die Banken dazu verleitet, immer wieder an Grenzen und darüber hinaus zu gehen. Dies nicht zuletzt, weil der Staat sowieso ein Rettungsnetz aus unseren Steuergeldern aufspannen müsste und würde, um noch viel Schlimmeres abzuwenden. Praktisch, nicht? Drittens finden offenbar viele Politiker, die Krise sei ja nicht so schlimm gewesen, der Staat habe mit der Rettung sogar noch Geld verdient – eine Bewertung, welche die Risiken verantwortungslos verdrängt. Und viertens verfängt das Argument der mächtigen Bankenlobby, man wäre mit einer härteren Regulierung gegenüber dem Ausland im Wettbewerbsnachteil. Wegen dubiosen Standortvorteilen lässt die Politik immer wieder ungesunde Entwicklungen zu – das kennen wir vom Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und zerstörerischen Tourismusprojekten her bestens.

Politik und Öffentlichkeit nähmen in Kauf, schliesst der Autor, dass eine Katastrophe wie im Herbst 2008 nochmals geschehen könne und werde - diesbezüglich hegt er keine Zweifel. Ich hoffe - trotz angekratztem Vertrauen -, dass er sich irrt.

*) Mark Dittli, Die verpasste Chance. Das Magazin Nr. 44, 2013